

Abbestellung
Erlaubnis
Nachdruck verboten
und zwei gleich
war je einer
in den beiden
II

18. August 1934
wurden Gewinne
gen
88409 200898
153388 200898
44028 72055
186228 204946
14400 25077
186139 25077
250337 268312
373126 18809
273126 18809
30 70013 71348
105711 125843
161408 185822
237421 250832
291475 295151
371393 376582

169 8820 12434
39 24894 25066
30 31688 34249
19 40462 67873
32 73628 74091
39 80480 91854
100555 109251
10692 124041
133849 134718
144010 145407
153388 153789
166661 188384
177649 179211
188179 188950
202122 213936
235116 239893
243447 249536
263492 268312
276281 278633
281289 284850
293859 295151
306481 308892
313446 316708
324288 331287
336228 340834
354589 360636
371820 376088
389882 395151
394163 398931

wurden Gewinne
gen
142450 257482
39639 143973
64935 77434
102839 220754
5431 45481
213508 238503
178 11724 23967
100122 100863
142316 154912
240218 241047
293781 295151
396238 376708
71 8787 10293
100 12434 25066
34 31107 37623
16 44170 45379
96 84468 84853
113039 118930
132352 138839
145341 151541
159893 160180
171034 177706
240910 249536
258570 268312
278957 280782
299719 300782
314848 316648
331176 331936
341365 343117
378865 388272
381951 383288
386785

bei Prämien zu je
eine auf die Lo-
sungen I und II:
103748 160816

0 Tagesprämien
zu 100000, 2 zu
50000, 4 zu 80000,
je 5000, 254 zu
100, 8180 zu 500,

Anzeige in
Zeitung!

bt dem Anbau von
n diesem Jahre a. Z.
vielfach andauernd
bezug auf Boden,
liche, die im vergan-
den überall da ge-
scheit, ausgenommen
staubender Wälder
eines gründlich ge-
achtet an leicht auf-
weist genügend vor-
eibt bei der lach-
Erfolge erzielen.
gemeinsam, aber
folgendes zu sagen:
Wachstum nur auf
pflanz man auch zu
im besten gleich nach
ndlich untergebracht,
einer starken Staats-
Außenhand verlan-
t hohem Gehalt an
s aus dem Vollen
am besten in Form
Rafgabe muß noch
um eine gute De-
bedarf des Kapitals
onal find erforder-
Rapsanbau, wie
mit dem Stichtoff
te Erfahrungen ge-
de es neben seinem
30 % Kohlenlauren
offs ist von Bedeu-
ung. Remy die Kap-
offs im Herbst auf-
aufschwellen. Ammoniak
rucht zu verabsorgen,
Ausstattung be-
Jahresfrüher

Dr. Kläferer.

Zeitung
Zeitung im
and, ist der
Verkaufshelfer!

Renno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und IJelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Volterlagort: Bocholt,
Volterverandort: Dortmund.

Volksblatt

für Bocholt und den Kreis Borken

Amliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Sauptstalt: Bocholt, Reichsstraße 14, Fernsprecher 3054/55.
Preis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht
2.20 M. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post eingeschickt 42 Pfg.
Beitragsgeld 2.52 M. — Preis Sammel-Angebote: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite,
Stellengeld 6 Pfg., Kettelpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 230

Mittwoch, den 22. August 1934

Jahrgang 1934

Tagesrundschau.

Maltesisch statt Italienisch. Durch eine Verfügung des britischen Gouverneurs von Malta ist die maltesische Sprache zur Amtssprache in den Gerichten Maltas anstelle der bisher gebrauchten italienischen Sprache erklärt worden. Die Verfügung, die damit begründet wird, daß die meisten Prozeßteilnehmer der italienischen Sprache nicht mächtig seien, wird sicher nicht nur in Malta, sondern auch in Italien beträchtliches Aufsehen erregen. Man wird sie dort, wo man an sich schon Malta, den nächst Gibraltar wichtigsten englischen Stützpunkt im Mittelmeer seit 1800, als unerlöst, seiner Lage nach — nur 90 Kilometer von Sizilien — zu Italien gehörendes Land betrachtet, ohne Frage als einen Schlag gegen die italienische Kultur ansehen. Tatsächlich richtet dieser sich im Zuge des seit 1930 in Malta bestehenden Verfassungskonflikts, der auf Gegensätze zwischen der sich auf England stützenden Regierungspartei und der katholischen, die Autonomie oder den Anschluß an Italien erstrebenden Nationalpartei zurückgeht und durch Mißverständnisse zwischen der Regierung der Kronkolonie und der katholischen Kirche verstärkt wurde, gegen die starke, nach Italien drängende Strömung in der maltesischen Bevölkerung und gegen die kulturelle Unterfütterung, die sie von Italien her erfährt. Dabei wird man die Begründung der Verfügung nicht als gesucht oder unrichtig bezeichnen können. Denn das Maltesische, die Sprache der Inselbewohner, ist nicht etwa ein italienischer, sondern ein arabischer Dialekt, nächst verwandt den Mundarten von Nordafrika, aber mit manchen Anklängen an das Syrisch-Arabisch und allerding mit vielen italienischen Lehnwörtern durchsetzt. Schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts von den Engländern gegenüber dem Italienischen begünstigt, das gleichwohl bis jetzt noch Gerichtssprache geblieben war und neben dem Englischen auch Geschäftssprache ist, hat das Maltesische eine ansehnliche Literatur hervorgebracht. Daß die Entscheidung, dieses Maltesische im Rechtsverkehr zu verwerfen, bei den Gerichten erlassen wird, ist nicht zu bestreiten. Aus den angeführten Gründen jedoch darf man auf das Echo gespannt sein, das die Verfügung in Italien und in dem italienisch orientierten Teile der Bevölkerung Maltas hervorrufen wird.

Das Ende von Ottawa? In englischen Kolonialwarengeschäften wird der Ruder zum See gratis angeboten. Die englischen Landwirte haben Misse, die von der englischen Regierung durch viele Subventionen geförderter heimische Produktion an Getreide und an landwirtschaftlichen Nebenprodukten in den Großstädten unterzubringen. In der Person des Landwirtschaftsministers Elliot besitzt der agrarisch eingestellte Teil der Bevölkerung einen ungewöhnlich energischen und mit weitgehenden Vollmachten ausgerüsteten Führer. Man hätte darum eigentlich erwarten sollen, daß der erste Zusammenstoß zwischen England und den großen Dominionen Australien, Kanada und Südafrika zuerst von dieser Seite her erfolgen würde. Aber es ist ganz anders gekommen. Hatte man in der Wirtschaftsförderung des britischen Imperiums zu Ottawa beschlossen, daß die Dominionen auf Importwaren des Mutterlandes nur dann erhöhte Zölle legen dürften, wenn es notwendig wäre, eine gesunde heimische Industrie vor zu starkem Wettbewerb zu schützen, so hat Australien diese mehrere Jahre hindurch beachtete Regel jetzt durchbrochen. Alle noch so traurigen Erfahrungen mit Industrie-Subventionen, mit staatlichen Unterstüßungen hoffnungsloser Anfänge, haben diesen Kolonialstaat nicht davon abhalten können, jetzt noch sehr hohe Zölle auf grobe Baumwollgewebe englischer Herkunft zu legen. Australien war bisher der zweitwichtigste Abnehmer des großen englischen Textilzentrums von Lancashire, dem somit nunmehr nach der Erschütterung des indischen Absatzmarktes auch der australische verloren zu gehen droht. Und nur, weil in Australien sich ein paar kleine Werke befinden, die zusammen noch nicht die Leistungsfähigkeit eines größeren Werkes von Lancashire besitzen. Die großen englischen Zeitungen spiegeln ohne Unterschied die Entrüstung des ganzen Landes gegenüber einer solchen Maßnahme wider, die Englands Lebensnerv trifft. Man hat von Seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in diesem Falle einheitlich vorgehen, sofort die Frage von Repressalien aufgeworfen. 95 Prozent der sehr starken australischen Butterausfuhr gehen allein nach England, von der Weizen-, Woll- und Häuteausfuhr ganz zu schweigen. Es ist aber sicher, daß man sich in England nicht ohne weiteres zu einem solchen Schritt entschließen wird. Man fürchtet zu stark die drohende wirtschaftliche Entfremdung zwischen dem Mutterland und den zu Dominionen erhobenen und damit selbständig gewordenen ehemaligen Kolonien. Ein Streit mit Australien, der für England ungünstig ausginge, könnte von unheilvollen Folgen auch für seine Beziehungen zu den anderen Dominionen werden. Die Erbitterung gegen Australien wirkt aber umso stärker, als gerade dieses Dominion dem Mutterlande die allerschwersten Schwierigkeiten bei der Bezahlung seiner Schuldenlast von etwa 20 Milliarden Mark Höhe bereitet, obwohl England ihm gegenüber immer ein großzügiges Entgegen-

kommen in seinen Finanznöten, insbesondere hinsichtlich der Zinszahlungen und Amortisationen seiner Anleihen, bewiesen hat. Zu allem Überfluß hat nun auch noch der australische Premierminister die offene Drohung ausgesprochen, die Wirtschaft Australiens nicht mehr nach dem Mutterlande zu orientieren, sondern sie in einen engeren Kontakt mit anderen Mächten treten zu lassen. Das könnte also nur der wirtschaftlichen Anschluß an Japan oder die Vereinigten Staaten bedeuten. Zwischen Australien und Japan wurden im letzten

Schuschnigg und Mussolini in Florenz

Festlicher Empfang des österreichischen Bundeskanzlers.
▲ Mailand, 21. August.
Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg ist am Dienstag um 10.42 Uhr in Begleitung von Ministerialrat Seidel und Dr. Fertis in Florenz eingetroffen. Zu seinem Empfang hatte sich der Duce, der am heutigen Abendverhört aus dem nördlich Florenz liegenden Hauptquartier Scarperia herbeigekommen war, in Begleitung des Staatssekretärs im Außenministerium Suvich, des Pressechefs Graf Ciano und zahlreicher Behördenvertreter eingefunden. Die Begrüßung zwischen Schuschnigg und Mussolini war sehr herzlich. Unter dem Klang der österreichischen und italienischen Nationalhymnen Schritt der österreichische Bundeskanzler die ihm zu Ehren aus Eisenbahnmitteln gebildete Front ab. Florenz trägt reichen Flagenhimmel.
Ministerpräsident Mussolini gab dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg zu Ehren in der Villa Montalto ein Frühstück, an dem Staatssekretär Suvich, Parteisekretär Starace, Baron Aloisi und mehrere Persönlichkeiten aus der Umgebung des Kanzlers teilnahmen.
Die Unterredung zwischen Mussolini und Schuschnigg begann genau zur Mittagsstunde in der Villa de Martinis und dauerte bis zu dem Frühstück, das Mussolini dem österreichischen Kanzler gab. Direkt nach dem Frühstück wurde die Unterredung fortgesetzt und dauerte bis in den Nachmittag hinein.
Der Empfang des österreichischen Kanzlers auf dem Bahnhof hatte eine stark betonte militärische Note. Neben den Spitzen der Partei, der Universität Florenz, sämtlicher künftigen Körperschaften, fielen am stärksten

Jahre enge Fäden gesponnen, was besonders in einem offiziellen Besuch eines australischen Ministers in Tokio zum Ausdruck kam. Bei der englischen Empörung über diesen „Verrat“ ist es kein Wunder, daß das Verhalten der australischen Reichsmannschaft bei den großen Wettspielen gegen die englischen Mannschaften beinahe zu ernstlichen Differenzen zwischen beiden Staaten geführt hat. Naturgemäß darf man solche Zerwürfnisse niemals übersehen. Es werden lange Verhandlungen stattfinden, und der Besuch des geheimnis-

„Vollständige Übereinstimmung der Meinungen“

Eine amtliche Verlautbarung.
▲ Rom, 21. August.
Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg hat um 5 Uhr nachmittags Florenz verlassen und sich nach Genua begeben, wo er sich auf der „Conte di Savoia“ nach Nizza eingeschifft hat. Von Nizza aus fährt Schuschnigg nach Wien zurück.
In der amtlichen Verlautbarung über die heutige Unterredung heißt es, daß zwischen Mussolini und Schuschnigg zwei Bepreschungen stattfanden, die insgesamt drei Stunden dauerten und in deren Verlauf die beide Länder interessierenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen besprochen wurden.
Es stellte sich eine vollständige Übereinstimmung in den Richtlinien und Methoden heraus, die die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des österreichischen Staates betreffen. In dieser Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit gehört auch die vollständige Autonomie.
Sie stellt ein konkretes europäisches Interesse dar und ein förderndes Element zur Erhaltung der Ruhe im Donauboden.
Die beiden Staatsmänner haben ferner, was die wirtschaftliche Lage betrifft, die Möglichkeit der Protokolle von Rom bestätigt, deren Aktions-

radius noch gesteigert und verbreitert werden könne, und sie seien sich darin einig gewesen, daß der Geist der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern weiter entwickelt werden soll. Diese Richtlinien, die von dem entschlossenen Kanzler Dollfuß begonnen und vertreten wurden, würden auch in Zukunft für die Beziehungen zwischen Italien und Österreich maßgebend sein.

Die Wiener Presse zur Florenzer Zusammenkunft.

DNB Wien, 21. August.
Die Wiener Presse steht ganz unter dem Eindruck der Reise des Bundeskanzlers nach Florenz, beschränkt sich jedoch zum größten Teil auf allgemein gehaltene Äußerungen auf die Einzelheiten der Bepreschungen näher einzugehen. Es scheint überhaupt, daß die Frage der deutsch-österreichischen Beziehungen im Mittelpunkt der Zusammenkunft von Florenz steht. Sowohl auf italienischer wie auch auf österreichischer Seite besteht die absolute Überzeugung, daß die Entspannung der politischen Verhältnisse in Mitteleuropa und besonders im Donauraum in erster Linie von der Gestaltung der deutsch-österreichischen Beziehungen abhängig ist.
Dies wird auch von der christlich-sozialen „Reichspost“ unterstrichen. Der römische Berichterhalter des genannten Organs meldet, wie er ausdrücklich feststellt, von offizieller Seite über diesen Gegenstand der Bepreschungen in Florenz das folgende: Innerhalb der Generalüberfahrt über die außenpolitischen Beziehungen beider Länder spiele natürlich das Verhältnis zu Deutschland eine besondere Rolle. Entgegen „verärgerten“ reichsdeutschen Pressestimmen sei man sich in Italien und Österreich darin einig, daß ohne Verzug normale Beziehungen zu Deutschland wie vorher hergestellt werden sollen, sobald Österreich die praktischen Garantien für die Wahrung seiner Souveränität und Freiheit seitens der deutschen Reichsregierung erhalte.
Eine die Rom-Partei als Tatsache berücksichtigende positive deutsche Mitarbeit in den Donauraum-Fragen durch wirtschaftlichen Interessenausgleich sei ebenso erwünscht wie im Rahmen des Biederpakties eine Wiederherstellung Deutschlands in gesamt-europäischen Fragen.
Die „Reichspost“ wendet sich ferner auch noch gegen die zahlreichen Gerüchte, die im Zusammenhang mit der Begegnung in Florenz sowohl in Wien als auch im Ausland aufgetaucht sind, wie etwa jenes, daß Mussolini der österreichischen Regierung viele Millionen Lire zur Errichtung einer geheimen Staatspolizei zur Verfügung stellen will, und das andere, daß auf der Konferenz über die Restauration verhandelt werden soll. Das alles sei blauer Unfug.

Die Unabhängigkeit Österreichs — wie sie Italien sieht.

▲ Mailand, 21. August.
Die italienischen Blätter widmen dem österreichischen Bundeskanzler herzlich gehaltene Begrüßungsworte. Das Zusammentreffen zwischen dem Duce und dem Bundeskanzler stelle, so erklärt „Corriere della Sera“, ein politisches Ereignis höchster Bedeutung dar. Es bekräftige die Kontinuität der Freundschaft und der wirklichen Zusammenarbeit zwischen Italien und Österreich und müsse als konstruktives Element in der internationalen Lage begrüßt werden.
In den Abendblättern wird betont, daß die Zusammenkunft in Florenz durchaus in den Rahmen des Normalen falle. Der 25. Juli und der 30. Juni hätten gezeigt, schreibt Foges Danzanti in der „Tribuna“, daß der Nationalsozialismus in Österreich keine Stabilität der Regierung geben könne, sondern nur dessen religiöse Einheit bedrohen würde.
Daher sei es vollkommen richtig, daß die österreichische Regierung die Zusammenkunft mit der französischen Regierung fortsetze, d. h. mit der Regierung einer angrenzenden Großmacht, die geeignet habe, daß sie die Unabhängigkeit Österreichs nicht nur als einen unerschütterlichen Vertragsparagrafen, sondern als eine politische und wirtschaftliche Tatsache betrachte (?).
Foges Danzanti stellt fest, daß die französische Presse mit diesem Gesichtspunkt übereinstimme und hierüber mit der Politik der Kleinen Entente und besonders Südlawens in Konflikt gerate. Die Gelegenheit sei günstig, daß Frankreich gerade am Vortage der Reise Barths sein Bündnis mit der Kleinen Entente noch einmal im Hinblick auf die europäischen Be-

Vertrauen zu den Verträgen!

Eine Unterredung mit Dr. Schacht.

× Prag, 21. August.
Der volkswirtschaftliche Redakteur des tschechoslowakischen „Ceske Slovo“, Dr. Georg Hejda, hatte ein Interview mit dem Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht, den er als eine der interessantesten Persönlichkeiten des heutigen Deutschlands, als fast absoluten Herrn der deutschen Wirtschaft bezeichnet.
Dr. Schacht erklärte u. a.: Mein festes Bestreben wird es sein, das absolute Vertrauen zu den Zahlungen zu erneuern. Wer mit Deutschland Geschäfte macht, muß wissen, daß seine Ware bezahlt bekommen wird. Ich werde dafür Sorge tragen, daß das Vertrauen zu den Verträgen wieder hergestellt wird. Deutschland wird gegen seinen Willen in ein Zwangs-Clearing getrieben. Das ist keine vorübergehende Erscheinung. Ich kann mir nicht gut vorstellen, daß alle Kapitalien, welche heute in der Exportindustrie investiert werden, entwertet werden könnten,

wenn einmal vielleicht diese Industrie nicht mehr benötigt wird. Wenn im Clearing-Verkehr eine Spitze erreicht, so ist schon das Bestreben da, diese Spitze zu gleichen. Aus Deutschland fließt jetzt auch viel Geld über die Grenze im Fremdenverkehr. Sie wissen ja: der Deutsche ist von einer wüßbegierigen Natur.
Darum sind wir solche Kosmopoliten, und so werden Sie Deutsche in Italien, in Frankreich, England, bei Ihnen in Marienbad und Karlsbad usw. finden. Ich hoffe nicht, daß wir auch noch zu Einschränkungen im Reiseverkehr gezwungen werden.
Auf die Frage: Ihren Entschluß, die Mark zu halten, haben Sie nicht geändert?, antwortete Dr. Schacht: Nein, die Mark ist fest, und wir werden nicht devalvieren. Bei den heutigen Ausfuhrzuständen hat es keinen Wert. Es wird viel von unserer Golddeckung gesprochen. Ich habe aber schon in einigen früheren Arbeiten einige Male darauf hingewiesen, daß das Gold nur bei dem Ausgleich der Spigen bei der Zahlungsbilanz nützlich ist, dekungsmäßig aber keine Bedeutung hat.

Aufruf zur Anmeldung für die Saarabstimmung.

▼ Berlin, 21. August.
Die Regierungskommission des Saargebietes hat am 8. Juli 1934 die Vorarbeiten über die Aufstellung der Stimmlisten für die Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935 erlassen. Weiterhin hat die Volksabstimmungskommission des Reichsbundes am 20. Juli 1934 eine Bekanntmachung veröffentlicht, die nähere Vorschriften über die Abstimmungsabfertigung und über die Anmeldung der Stimmberechtigten zur Aufnahme in die Stimmlisten enthält.
Hiernach müssen Stimmberechtigte, die außerhalb des Saargebietes wohnen, einen besonderen Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten stellen. Wer nicht in die Stimmlisten eingetragen ist, kann kein Stimmrecht nicht ausüben. Es liegt daher im eigenen Interesse aller im Reich wohnenden Stimmberechtigten, diesen Antrag mit tunlichster Beschleunigung einzureichen. Die Antragsfrist läuft mit dem 31. August 1934 ab.
Der Antrag, der an den „Gemeindeauschuß“ des Bezirkes zu richten ist, in dem der Abstimmungs-berechtigte am 28. Juni 1919 die Einwohnerregistrierung hatte, muß folgende Angaben enthalten:
1. die Namen, Vornamen, das Geburtsdatum, den Geburtsort und den Beruf des Antragstellers (im Falle einer Berufsänderung denjenigen, den er am 28. Juni 1919 ausübte), sowie die Vornamen seines Vaters und

ferner, falls es sich um eine verheiratete Frau handelt, die Namen und Vornamen ihres Ehemannes (im Falle einer Veränderung des Familiennamens nach dem 28. Juni 1919 den Familiennamen, den sie an diesem Zeitpunkt trug);
2. die Gemeinde, in der er die Einwohnerregistrierung am 28. Juni 1919 hatte;
3. den gewöhnlichen Aufenthalt zurzeit des Antrages;
4. die Anschrift im Saargebiet, an die Mitteilungen zu richten sind.
Die vorhandenen Beweisküde für die Einwohnerregistrierung im Saargebiet sind dem Antrag beizufügen; befinden sich solche Beweisküde nicht in den Händen des Antragstellers, so ist in dem Antrag anzugeben, bei welcher Stelle des Saargebietes diese Unterlagen erhältlich sind.
Sämtliche Abstimmungsberechtigten im Reich werden hiermit aufgefordert, ihren Antrag auf Eintragung in die Stimmliste bis spätestens zum 31. August 1934 an den zuständigen Gemeindevorstand im Saargebiet gelangen zu lassen. Zur Aufklärung über alle bei der Anmeldung zu berücksichtigenden Gesichtspunkte stehen den Stimmberechtigten die Saarmittelstellen ihres jetzigen Wohnortes (das Einwohnermeldeamt, in den Städten die zuständigen Polizeireviere) sowie die Geschäftsstellen des Bundes der Saarvereine — in Berlin befindet sich diese SB 11, Stresemannstr. 42, zur Verfügung. Es wird jedem Abstimmungsberechtigten dringend empfohlen, vor Abendung seiner Anmeldung die vorgenannten Stellen zum Zwecke der Beratung in Anspruch zu nehmen.

lange und auf seine Beziehungen zu Deutschland überprüfend.

Ganz brutal kommt im Leitartikel des Direktors des „Lavoro Fascista“ zum Ausdruck, warum es eigentlich geht, daß

die sogenannte österreichische Unabhängigkeit nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck für die anderen Staaten ist.

Heute mehr denn je ist die Unabhängigkeit Österreichs ein Hauptpunkt für die Zukunft Europas. Wenn man von Seiten Italiens die Erstreckung eines freien und unabhängigen Österreichs für unerlässlich erachtet, so bestehen im Donaudelta noch weitere drei Nationen, die daselbst ihre Interessen haben. Es ist zu wünschen, daß auch die drei Länder der Kleinen Entente die Notwendigkeit erkennen, die augenblickliche österreichische Lage zu verstärken und daß sie nicht den Blick trüben lassen von irigen Berechnungen. Der italienische Gesichtspunkt ist augenblicklich derjenige, in dem die europäischen Großmächte übereinstimmen. Am Schluß betont der Artikel, daß die Begegnung in Florenz vor sich geht, während das italienische Heer auf dem Wandergelände die eigene Durchdringung und den eigenen Mut erprobt. Von der Unabhängigkeit Österreichs ist in dem Artikel bezeichnender Weise nicht die Rede, sondern nur vom italienischen Recht und der italienischen Macht.

Über den Zweck der Unterredung sagt derselbe Artikel ganz kurz, er sei zweifach:

1. Die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit und Verstärkung seiner Sicherheit und Ruhe.

2. Die Sicherung seiner wirtschaftlichen Existenz.

Der österreichische Kanzler habe sich zur Fortsetzung der Politik ohne Einwände verpflichtet.

Paris stark interessiert.

(1) Paris, 21. August.

Die Pariser Presse verfolgt aufmerksam die Begegnung des österreichischen Bundeskanzlers Schulz mit Mussolini und ist allgemein der Ansicht, daß die Duce werde versuchen, eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu erzielen. Diese Zusammenarbeit werde voraussichtlich auf militärischem Gebiet stattfinden. Der „Paris Soir“ gibt die Gründe für diese italienische Bestrebungen an und weist darauf hin, daß der Duce es in erster Linie darauf abgesehen habe, eine an sich bereits bestehende Tatsache zu legalisieren. Man müsse sich aber fragen, was gewonnen wäre und vor allem, was man in Paris und London gefordert hätte, wenn er wirklich in Österreich einmarschiert wäre.

Um deshalb irgendwelchen Unannehmlichkeiten nach dieser Richtung hin vorzubeugen, werde er sich bemühen, das Recht zu erwirken, im gegebenen Falle wirklich in Österreich einmarschieren zu dürfen, um die österreichische Unabhängigkeit wirklich zu verteidigen, ohne sich selbst oder einem anderen Staat Rechenschaft ablegen zu müssen.

Die Besprechungen würden sich deshalb voraussichtlich in der Richtung eines gegenseitigen Verständnisses bewegen, der eine wirksame Zusammenarbeit der beiderseitigen Militärkräfte vorzöge. Auf diese Weise würde der römische Duce eine wesentliche Ausdehnung in der Verpflichtung und gegenseitigen Garantie erfahren. Allerdings, so schreibt „Paris Soir“, sehe man sich, wie der Duce diese Absicht durchführen könne, ohne sich vorher nicht nur mit Frankreich und England, sondern auch mit der Kleinen Entente verständigt zu haben.

Abreise des Führers von Nürnberg.

DNB Nürnberg, 21. August.

Schon in den ersten Vormittagsstunden sammelte sich heute vor dem Hotel „Deutscher Hof“ am Hauptbahnhof, wo der Führer bei seinem Besuch in Nürnberg Wohnung genommen hatte, eine stattliche Menschenmenge an, die Zeuge der Abreise des Führers sein wollte. Blaue und grüne Fahnen nahmen die Absperzung vor. Gauleiter Julius Streicher begab sich zum Führer ins Hotel. Das Menschenpaar wurde immer dichter. Hitzler, der vor dem Hotel aufgestellt worden hatte, rief im Sprecher von Zeit zu Zeit: „Wir wollen unseren Führer sehen!“ Auch Ausländer, von denen gerade jetzt sehr viele in Nürnberg waren, warteten mit den vielen Hunderten auf den ersten Augenblick. Um 10.15 Uhr ertönte dröhnende Selbstrufe; der Führer verließ im Wagen das Hotel. Nur mit Mühe konnte sich die

„Die Zukunft Deutschlands liegt bei Adolf Hitler.“

Ein Amerikaner über die Volksabstimmung.

✓ Berlin, 21. August.

Am Wahlsonntag unternahm im Auftrag des Außenpolitischen Amtes der NSDAP der Leiter der Presseabteilung, Dr. Karl Römer, zusammen mit einigen amerikanischen Journalisten einen Rundgang durch die Wahllokale Groß-Berlins, um ihnen den gesamten Wahlvorgang in allen seinen Phasen, von der Stimmgabe bis zu Stimmenprüfung und Zusammenzählung, zu zeigen. Einer der Teilnehmer dieser Rundfahrt, Professor Henry M. Kencie, einer der besten amerikanischen Journalisten und Verfasser der „Washington Post“, erklärte dem Vertreter des Außenpolitischen Amtes auf dessen Frage nach seinem Eindruck: „Ich muß gestehen, daß keine Volksabstimmung unparteiischer und mit größerer Sicherheit vor Betrug durchgeführt werden kann als die heutige deutsche. Ich war erstaunt, wieder einmal die bekannte deutsche Gründlichkeit festzustellen, nicht nur in der ganzen Art des Wahlvorganges, sondern auch in seiner Durchführung. Ich glaube, mancher amerikanische Angelegenheit würde froh sein, von Ihren tüchtigen Nazis lernen zu können, vor allen Dingen, was die Formulierung Ihrer politischen Schlagwörter angeht.“ Auf die Frage, welchen Eindruck er im allgemeinen über das Deutschland von heute habe, antwortete Professor Kencie: „Wohl am meisten bin ich bei meinem augenblicklichen Besuch davon beeindruckt, welche überaus ehrliche Begeisterung Adolf Hitler vor seinen Wählern bis nach Nürnberg von den Tausenden vor der Reichstagsfeier versammelten Deutschen entgegenkam. Die Menschenmenge zeigte eine wirkliche Begeisterung für den Führer, und das beweist mir, daß er heute weit mehr ist als ein Parteiführer. Deutschlands Zukunft liegt ganz zweifellos bei Adolf Hitler. Wenn Deutschland volle Gleichberechtigung, Gleichberechtigung nicht nur in politischen Fragen, sondern auch in der Abrüstungsfrage verlangt, so erklärt ich frei und offen, daß dies Deutschlands volles Recht ist. Andere Völker haben zuerst den Versailles Vertrag gebrochen. Es würde zum Guten des Weltfriedens sein, wenn man Adolf Hitlers Abhängigkeit anerkennen würde. Doch wenn

Das Strafsystem im neuen Strafrecht.

Gefährlicher für den zum Tode Verurteilten?

Eine neue Ehrenstrafe: Die Achtung

✓ Berlin, 21. August.

Über die Regelung der Strafen im künftigen Strafrecht äußert sich auf Grund der Beratungsergebnisse der amtslichen Strafrechtskommission in der vom Reichsjustizminister Dr. Gürtner herausgegebenen Broschüre über das kommende Strafrecht Ministerialrat Rieck vom preußischen Justizministerium.

An der Spitze des Strafsystems des künftigen Strafrechts steht die Todesstrafe. Von einer Differenzierung der Todesstrafe hat die Strafrechtskommission abgesehen. Das Erschießen soll dem Militärstrafrecht, dem Kriegesrecht und dem Ausnahmegericht vorbehalten bleiben und als Regelstrafe wie im geltenden Recht die Enthauptung vorgezogen werden. Der Ermüdung wert soll nach Meinung des Referenten die Frage sein,

ob dem zum Tode Verurteilten durch Trinken eines Giftbechers und in Ausnahmefällen durch Bereitstellung eines Schußwaffens die Möglichkeit gegeben werden solle, die Strafe an sich selbst zu vollziehen.

Allerdings könne diese Art der Vollstreckung (mit der sich die christlichen Kirchen schwerlich einverstanden erklären werden) keineswegs allen Verurteilten gestattet werden. Bei den Freiheitsstrafen werde für die Festungshaft im künftigen Strafrecht kaum mehr Raum sein. Ein nationalsozialistisches Strafrecht werde dem Überzeugungsverbrecher eine besondere Behandlung kaum mehr einräumen. Dagegen werde an der Zuchthaus- und Gefängnisstrafe sowie an der Haft festgehalten sein, wobei jedoch der Charakter dieser Strafen in vielfacher Hinsicht geändert werden müsse. Vor allem werde der Charakter der Haft umgebildet werden. Da das künftige Strafrecht das Gebiet der Übertretungen des bisherigen Rechts ausdehnen werde, stehe die Haft für Fälle zur Verfügung, die bisher als Vergehen behandelt wurden. Danach werde die Haft vor allem für die große Mehrzahl der aus Fahrlässigkeit begangenen Straftaten vorgesehen sein. Ihre Höchstdauer werde daher auf zwei, vielleicht sogar drei Jahre zu bemessen sein. Bei Zuchthaus und Gefängnis zielen die Besserungswünsche insbesondere auf einen schärferen Vollzug und eine stärkere Differenzierung hin. Die Verschärfung des Vollzuges könne im Verwaltungsweg erreicht werden. Darüber hinaus müsse das Gesetz dem Richter die

Reihe der Wagen freie Bahn durch die kürzlich zu jubelnde Menschenmenge bahnen.

Vor der Fahrt zum Nürnberger Flughafen hatte der Führer dem Leiter des künftigen Reichsjustizministeriums auf einen Besuch ab. In allen Straßen, die der Wagen des Führers durchfuhr, wurde er von der Bevölkerung sofort erkannt und kühnlich begrüßt. Im Flughafen hatten sich schon lange vor 11 Uhr Tausende eingefunden, um den Führer zu sehen. Unter den dröhnenden Heilrufen der Menge startete Punkt 11 Uhr die beiden Maschinen zum Weiterflug.

Der Reichskanzler in Oberlafberg.

Berchtesgaden, 21. August.

Reichskanzler Adolf Hitler traf heute nachmittag auf dem Oberlafberg bei Berchtesgaden ein. Besichtigung und Sommergäste des Reichskanzlers Landes hatten sich zu vielen Tausenden eingefunden und begrüßten den Führer begeistert. Abends 9 Uhr veranstaltete die Berchtesgaderer Neujahrs- und Weihnachtsfeier, die auf dem Oberlafberg vor Haus Wachenfels an Ehren des Führers ein Schloß. Anschließend ließ sich der Führer vor seinem Haus die Schloßkapelle vorstellen, dankte ihnen für die erwiesene Ehrung und lud sie zu einem Glas Bier in ein nahegelegenes Gasthaus ein.

andere Nationen zum Angriff rufen — es ist ja nur eine technische Frage, ob sie es Verteidigung oder Sicherheit nennen —, warum nicht auch Deutschland?

Betrachtungen zum 19. August in England.

✓ London, 21. August.

Die beiden großen Londoner Blätter „Times“ und „Morningpost“ äußern sich am Dienstag ausführlich über das Ergebnis der Volksabstimmung vom letzten Sonntag. „Morningpost“ bezieht auf ihrem Standpunkt, daß das Stimmgewicht kein Bild von der wahren Stimmung des deutschen Volkes liefere, gibt jedoch zu, daß Hitler einen neuen Beweis seiner Stärke gegeben habe, und daß er als identisch mit Deutschland betrachtet werden müsse. Aber gerade diesen Umstand hält das Blatt für beunruhigend, indem es in bezeichnender Unbehelligkeit nach dem Vorbild Pariser Blätter früher, kurz nach Beendigung des Krieges getane Verurteilungen Hitlers anführt und daraus auf kriegerische Pläne schließen will.

Beträchtlich objektiver äußert sich die „Times“. Das Blatt legt zwar nach wie vor Gewicht auf die Höhe der am Sonntag abgegebenen negativen Stimmen, erkennt aber an, daß ein beinahe 90prozentiges Ja unmöglich gewesen wäre, wenn der Führer nicht nach wie vor über eine große und begeisterte Anhängerzahl verfügte, und wenn die Mehrheit der Nation nicht der Überzeugung wäre, daß unter den obwaltenden Umständen keine andere Führung als die seine möglich sei. Sehr beunruhigt ist das Blatt über verschiedene Äußerungen, die während des Propagandafeldzuges der Formide in Deutschland gefallen sind und die bei dem deutschen Volk zweifellos die Vorstellung erweckt hätten, es sei von Gegnern umzingelt. Die „Times“ meint, die Erregung solcher fremdenbildender Gefühle könne auch ein Beitrag für den internationalen Frieden bedeuten, vergißt aber zu erwähnen, daß ja auch die Äußerungen maßgebender fremder Blätter über deutsche Zustände keineswegs immer auf einen deutschfreundlichen Ton abgemittelt sind.

Wohes Interesse erregt bei allen Blättern die Ankündigung einer Aktion durch den Reichskanzler, die Botschaften solle, die letzten Gegner des Nationalsozialismus für die Sache zu gewinnen.

Möglichkeit geben, noch besondere Strafschärfungen im Einzelfall vorzusehen.

Besondere Geboten sei ein verstärkter Vollzug der kurzen Freiheitsstrafen.

Die Strafrechtskommission habe erwogen, die in Kombination aller Schätzungen verhängte Zuchthausstrafe zu einer besonderen Straftat auszugestalten, die man zum oder Kerker nennen könnte. Sie habe aber davon abgesehen, weil sich keine Unterabteilungen in der Praxis nur allzu leicht verwirklichen ließen. Die Kommission habe ferner die Einführung einer weiteren Freiheitsstrafe, der Zwangsarbeit oder Iron, erwogen. Die kriminalpolitische Zweckmäßigkeit einer derartigen Strafe sei jedoch eher zu verneinen. Dagegen wird die Zwangsarbeit im Freien als eine Form des Vollzuges der Zuchthausstrafe empfohlen.

Von der Einführung der Bußgeldstrafe hat die Kommission abgesehen.

Besondere Bedeutung wird im künftigen Strafrecht den Ehrenstrafen zukommen. Künftig werde die Unterscheidung zwischen Zuchthaus und Gefängnis gerade darin gefunden werden müssen, daß mit der Zuchthausstrafe Ehrverlust zwangsläufig eintritt.

Für die schweren Straftaten werde aber noch eine besondere Ehrenstrafe zu schaffen sein, welche die Milderung in eine ehrenhafte Rechtsstellung ausmündet: die Achtung. Sie bedeute den Ehrentod.

Als Vermögensstrafe werde zunächst die Eingliederung des gesamten Vermögens vorzunehmen und dann die Geldstrafe zu regeln sein. Die Geldstrafe soll künftig weit paratamer als bisher angewendet und verwendet werden. Innerhalb ihres Anwendungsbereiches soll der Grundlag der Gleichheit des Lebens für Arm und Reich durchgeführt werden.

Die Geldstrafe muß in Begleitung geleistet werden zur Leistungsfähigkeit des Täters; als Maßstab wird das durchschnittliche Tageseinkommen des Täters angenommen sein.

Die Kommission hat davon abgesehen, die Wiedereingliederung des Brägers zu empfehlen. Dagegen soll, gleichsam als symbolischer Bräger, die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung finden, die künftig den Richtern allgemein zur Verfügung zu stellen sein wird.

Dieses Strafsystem wird ergänzt durch ein System von fahrenden und beseitigenden Maßnahmen.

Ministerpräsident Göring über den Ausgang der Volksabstimmung.

✓ Berlin, 21. August.

In einer Unterredung mit einem Schriftsteller der „DZ“ äußert sich der preußische Ministerpräsident Göring, der den in der vergangenen Woche erfolgten Autounfall überlebend gut überstanden hat, über den Ausgang der Volksabstimmung.

„Dieses Ergebnis“, so erklärt er, „ist für uns nicht überraschend gekommen. Auch die Welt wird, wenn sie christlich sein will, bekennen müssen, wie tief Adolf Hitler im Herzen aller Deutschen verwurzelt ist und wie ungetrennt sein Name und seine Persönlichkeit auf alle Zeiten mit dem deutschen Schicksal verknüpft ist. Welcher Staatsmann, welches Staatsoberhaupt der Welt kann sich der Tatsache rühmen, das ganze Volk aus freiem Willen in einer Einmütigkeit hinter sich zu wissen, die tatsächlich in der Weltgeschichte ohne Beispiel ist.“

Wie kleinmütig müssen sich demgegenüber jene 10 v. H. Meinsager vornehmen, die sich aus irgend welchen Gründen außerhalb der Volksgemeinschaft gestellt haben. Genau so enttäuscht werden aber auch jene böswilligen Betrachter Deutschlands im Ausland werden, die glauben, an diese 10 v. H. irgend welche Hoffnungen knüpfen zu können. Sie mögen verflucht sein, daß wir die Entwicklung keinen Augenblick mit irgend welcher Sorge oder Unruhe betrachten. Selbstverständlich werden wir den Gründen mit aller Genauigkeit nachgehen, die jene 10 v. H. unseres Volkes verantwortlich haben, am 19. August abweichend zu stimmen. Im übrigen ist unsere Einstellung aber die folgende:

Die Meinsager sind zunächst wohl in den Schicksalen zu suchen, die sich nicht verkennen lassen und die sich aus Überzeugungsgründen, die hart aber gerecht sind, ihr Gesamturteil bilden zu müssen glauben. Alle jene werden sich eines Tages selbst an die Brust schlagen und ihren Irrtum einsehen, überzeugt durch die Leistung und den endgültigen Erfolg der nationalsozialistischen Regierung. Einen nicht geringen Prozentsatz der Meinsager werden weiter nach meiner Auffassung diejenigen Personen stellen, die zwar genau erkannt haben, welche großen Ziele der Nationalsozialismus verfolgt, die jedoch aus eigennützligen Gründen andere Ziele verfolgen zu müssen glauben als wir. Diese Kreise der Bevölkerung werden sich eines Tages ebenfalls eines Besseren belehren lassen müssen oder aber sie werden aus Altersschwäche von der Bildfläche verschwinden. Die

Der Handel um die chinesische Ostbahn.

Sowjetrussisch-mandschurische Pressefehde.

DNB Moskau, 21. August.

In der Sowjetpresse wird darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen, die in Tokio über den Verkauf der chinesischen Ostbahn geführt werden, nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen seien, wobei betont wird, daß nicht die Sowjetregierung, sondern die Gegenseite die Verantwortung für die Unterbrechung trage. Tatsächlich sind sich seit Beginn der Verhandlungen im Juni 1933 die Kaufpreisforderungen der Sowjetregierung und das Zahlungsangebot Mandschuos außerordentlich viel näher gekommen. Am 28. Juni 1933 verlangte die Sowjetregierung 250 Millionen Goldrubel oder 625 Mill. Yen nach dem damaligen Kurs in der. Am 30. Juni 1934 wurden von dieser Forderung nur 160 Millionen Yen nach dem heutigen Werte oder ungefähr 66 Millionen Goldrubel, also weniger als 1/4, aufrechterhalten. Außerdem erklärte sich die Sowjetregierung einverstanden, 1/2 des Betrages in Waren entgegenzunehmen. Mandschuos bot im Juni 1933 als Preis 120 Millionen Yen und hat seitdem das Angebot auf 120 Millionen Yen erhöht. Insgesamt hat sich damit der Unterschied zwischen den Angeboten des Käufers und des Verkäufers von 575 Millionen Yen vor 14 Monaten auf 40 Millionen Yen vermindert. Wenn man diese Tatsache in Betracht zieht, wird man die gegenwärtige Pressefehde weniger tragisch nehmen.

dritte Gruppe bildet die zahlenmäßig geringe Schicht, die einfach und leicht zu überreden oder gar böswillig ist. Solche Leute gibt es immer und überall in der Welt, sie sind natürlich keine Besonderheit des nationalsozialistischen Deutschlands, wir werden sie nicht dafür bestrafen, daß sie mit klein gekittet haben. Sie mögen es sich aber selbst leisten, daß wir es auf keinen Fall dulden werden, wenn sie mit ihrer ablenkenden Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Staatsführung irgend wie und irgend wann im Volk Propaganda treiben, und wir werden mit eiserner Faust zuschlagen, wenn sie sich zu verbrecherischen Handlungen hinsetzen, die die Sicherheit und Ordnung im Staate bedrohen.

Gewiß werden bei der einen oder anderen Frage des öffentlichen Lebens immer verschiedene Anschauungen möglich sein. Niemandem wird das Recht bestritten, unter den großen, allein vom Führer bestimmten Gesichtspunkten an einer Stelle nach seinem Geiste zu arbeiten. Wir müssen auch offene und ehrliche Kritik bei all den schwierigen Problemen, die der Neuaufbau unseres Staates stellt, Kritik aber darf nur der ausprechen, der bereit und in der Lage ist, Besseres zu leisten und die Fähigkeit unter Beweis gestellt hat. Und die Kritik findet ihre Grenzen an den lebenswichtigen Fragen der Nation, die allein der Führer regelt. Vor unserem Führer Adolf Hitler schweigt alle Kritik. Wenn der Führer recht und befiehlt, dann hat jeder Mann bedingungslos zu folgen und zu gehorchen, wer immer er auch sei.

Der Führer hat allen Deutschen seine Hand hingestreckt und den heißen Willen zur Verschönerung in seinem Aufbruch vom 20. August erneut ausgesprochen. Ich weiß, daß dieses große Ziel in kurzer Zeit erreicht ist. Ein besonders erfreuliches Anzeichen hierfür bietet meines Erachtens die Tatsache, daß das Wahlergebnis gezeigt hat, wie unerschütterlich gerade unsere deutsche Arbeiterklasse treu zu Adolf Hitler steht.

90 Prozent des deutschen Volkes haben sich trotz zum Führer des Reiches bekannt, sie geben dem Führer die Kraft, das Deutsche Reich zum Aufstieg zu führen. Sie werden mit uns darüber wachen, daß sein Werk gelingt. In wenigen Jahren wird dann das ganze Volk wie ein einziger Mann in gläubiger Gefolgschaft zu Adolf Hitler stehen! Daran zu arbeiten, ist unsere größte und schönste Aufgabe.

„Bundesstaat Oesterreich“.

DNB Berlin, 21. August.

Die österreichische Regierung hat dem Auswärtigen Amt amtlich mitgeteilt, daß durch die am 1. Juli dieses Jahres in Kraft getretene neue österreichische Verfassung die bisherige Bezeichnung „Republik Oesterreich“ durch die Bezeichnung „Bundesstaat Oesterreich“ zu ersetzen sei.

Rintelens Villa und Bankguthaben beschlagnahmt.

DNB Wien, 20. August.

Der Sicherheitsdirektor für das Bundesland Steiermark hat nach einer amtlichen Erklärung Viktor Seifert, der in der vergangenen Woche in der Steiermark einen Betrag von 6000 Schilling und dem Ingenieur Franz Pichler, Elektrikwerksbesitzer in Weiz, zunächst einen Betrag von 108 000 Schilling als Kollaterals für die Maßnahmen während der Aufstandstage zur unverzüglichen Entrichtung vorgeschrieben. Zur Sicherstellung wurde die Beschlagnahme der den Genannten gehörenden Immobilien beschlossen. Gleichzeitig wurde die Beschlagnahme der Villa Dr. Anton Rintelens samt Inventar im Werte von rund 70 000 Schilling sowie der in Steiermark liegenden Bankguthaben Rintelens durchgeführt.

Der Vorstand des Deutschen Turnerbundes amtsentzogen.

DNB Wien, 20. August.

Der Vizelandesrat hat den gesamten Vorstand des Deutschen Turnerbundes seines Amtes für verlustig erklärt. Georg Trauner, der Bürgermeister von Weyer an der Enns, wurde zum Verwalter bestellt und mit der Fortführung der Vereinsgeschäfte betraut.

Eine halbe Million Dollar geraubt.

Ein Panzerwagen von Räuberbande geplündert.

✓ New York, 21. August.

Die New Yorker Vorstadt Brooklyn war am Dienstag der Schauplatz eines nicht alltäglichen Bandenüberfalles auf einen Geldtransport. 15 mit Maschinenpistolen bewaffnete Räuber umzingelten einen mit Bankgeldern gefüllten Panzerwagen, als dieser vor einer Fabrik vorfuhr, um Lohngehälter abzuliefern. Die Bankbrecher hielten den Fahrer und zwei bewaffnete Begleiter in Schach, warfen die Geldbox mit einem Inhalt von 457 000 Dollar in ein bereitgehaltenes Auto und entkamen unerkannt. Einen Geldbeutel mit 20 000 Dollar Inhalt ließen sie „versehentlich“ zurück. Die Polizei nahm die Verfolgung der Banditen mit 20 Kraftwagen auf.

Die chinesische Ostbahn.

Die augenblicklichen Streitigkeiten werden allerdings ebenso wie im Vorjahr durch dringende Zwischenfälle verdrängt, die sich auf die Ostbahn der chinesischen Ostbahn beziehen. Es handelt sich um die Straße zwischen Chabin und dem in Richtung auf Mandschuos gelegenen mandschurischen Grenzort Bogranischana. Auf diesem Bahnabschnitt sind Tsinghauserfälle, Zugentgleisungen und Räuberzettel keine Seltenheit. Beide Teile werfen sich die Mitschuld an diesen Vorfällen vor. Die mandschurisch-japanischen Behörden haben zahlreiche Verhaftungen unter den Bahnangestellten vorgenommen, die Sowjetbürger sind. Die Chabiner Presse verdrängt sogar den sowjetrussischen Konsul in Bogranischana, den Tsinghauser, falls auf die Stationswache angestrichelt zu haben. Die Sowjetpresse polemisiert gegen diese Vorgänge in heftigen Ausdrücken, zieht aber keine weitergehenden praktischen Folgerungen daraus. Das spricht auch dafür, daß bei den Verkaufsverhandlungen noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Das NSKK teilt.

Das am Sonntag teufte Generalrat in Chabin, Siam, erklärte am Dienstag im Augenblicksamt der Sowjetunion einen Bericht über die politische Lage an der chinesischen Ostbahn. Der Generalrat wird mehrere Wochen in Moskau verbleiben, angeblich zwecks Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Stad

Die prach

anherer St. Geo. aufgehendem Wob, südwestlichen Himmel. Die schöne, fast so wichtiger, allgemein. Im Schat der Gefellensvater. seinem Werk schon gen Handwerker u werksgeleiten u Wert ist wie das seinen Füllen. Da Kolping und unter werksgeleite sticht goldenen Strahl d, das Haupt des Gef gen Schein. Hell t, und schreden noch Fiebermäule aus umflattern in unge das Symbol des S das Gotteshaus S wirft, wie das id teste Formen annim stehen läßt, die sich ändert sich auch d schreitet weiter u Nur die steinernen und Wollens bleibe ten. Sind von gerl Darum meißelt man zu erhalten. Aber wenn man sie gegen

NS. Gemeinse

Ami für

auf hin, daß sich starten den Urlaubern genommen werden. Der Fahrpreis, die tragen 25 RM. wolt, Bahnführer

Kind

Als die NS. B „Mutter und Kind“ großen Aufgaben, die de Not in den Vrb Städte. Unter unglä Teil unserer deutl Kinder (sola) in zu 5-6 und noch herrlichen Landgege dern, ihr schönes V lehrern in der Sch werden mit der gan In jedem Kinde lieg

Wir richten des pflanzung, besonders de Bitte: Überlegt oder im Herbst nicht für einige Wochen i Reicht die Jugend Großstädte. Reicht gen und rauchgeschwä Licht und Sonne. Kraft, um die deutl Unsere Zukunft heßt mit, ihr zu die

Einweihung

Die Einweihung Flieger-Ortsgruppe 5. Flakern, die urprüng 1934, stattfinden sollte Herrn Reichspräsidenten den müßte, findet nun 1934, nachmittags 3

Flak

Die „Deutsche Gruppe“ Adolf Hitler tag mit der Jugend wurde zunächst das Welch herrliches Wer richt! Die in der Schule gibt in vier l führung wie folgt an: Gebaut in des Krie tracht und Erniedrigu Einigkeit“. Dann g Ehrenfriedhof und Pfrächtige Wabungen, gelegene Duisburg er war die Jugendherber ruhten. Von hier g Herr Jacobs-Bachol Götische Bauwerk, die neuen, großartigen, noch die am Burplat den, ging es zur Ma lang erstellte „Summ hdt. Gegen 7.30 U eine kleine Stärkung angetreten. Mit froh ging es der Heimat g ichenfall anamen. I Fahrten mit sich bri ganz weiseleisch gefeß Beteiligung noch ge tüchtigste Stenograf über eine gute Mfg heute noch.

Flak

Das NSKK teilt Das am Sonntag teufte Generalrat in Chabin, Siam, erklärte am Dienstag im Augenblicksamt der Sowjetunion einen Bericht über die politische Lage an der chinesischen Ostbahn. Der Generalrat wird mehrere Wochen in Moskau verbleiben, angeblich zwecks Wiederherstellung seiner Gesundheit.

8 180 an d. Vins.
Berm. der Zeno
Bücher. [442]

Wann wird eine Grunderwerbssteuer fällig?

Wenn es sich um einen normalen Kaufvertrag handelt, so ist für die Veranlagung der Steuer eine Frist von einem Jahre nach Vertragsschließung vorgegeben. Die Steuer ist eher zu leisten, sofern der Erwerber seine Umschreibung im Grundbuch gemäß § 873 BGB vorher bewirkt. Bei den sonstigen steuerpflichtigen Kaufverträgen nimmt die Steuerstelle eine Berechnung der voraussichtlichen Steuer vor, die dem zugestellt wird, der sie vertraglich übernommen hat. Der Steuerbetrag richtet sich nach § 3 der Durchführungsbestimmungen nach dem vereinbarten Kaufpreis, sofern der gemeine Wert nicht erheblich höher als der Kaufpreis ist. Wenn die Eintragung in das Grundbuch vom Erwerber noch begehrt wird, zieht der Vorauszahlungsbescheid keine Zahlungspflicht nach sich, da noch keine Steuerfälligkeit aufgetreten ist. Die endgültige Veranlagung kann der Erwerber abwarten. Falls der Erwerber die erforderliche Bescheinigung gemäß § 24 Grunderwerbssteuergesetz für die Vorlage des Grundbuchsamtens erlangen will, so ist die volle Steuer in der voraussichtlich berechneten Höhe zu zahlen. Das Steueramt wird auf Antrag für den Rest der Steuer Stundung gewähren, wenn hierfür ausreichende Sicherheit gestellt wird. Glaubt der Steuerpflichtige, daß das Grundstücksgekauft steuerfrei sei, so kann er Einspruch, Berufung oder Rechtsbeschwerde einlegen. Wird sowohl die Steuerpflicht als ihre Höhe bestritten, so ist vorerst das Berufungsverfahren bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung durchzuführen. Wenn die Steuerpflicht bejaht wird, dann ist die Beschwerdebefugnis über die Höhe der Steuer geltend zu machen.

Kapitalsteuer?

Wenn in früheren Zeiten die Gemeinden auf die Steuerhöhen gingen, dann tauchte von Zeit zu Zeit immer wieder der Gedanke der Einführung einer Kapitalsteuer auf. Seit Jahren hat man von einer Kapitalsteuer nichts mehr gehört, so daß vermutet werden konnte, dieser Gedanke sei endgültig begraben. Nun ist in Wiesbaden der Gedanke einer Kapitalsteuer auf einmal wieder aufgetaucht, zwar nicht aus steuerlichen, sondern aus anderen Gründen. Die Klagen darüber, daß die Klagen großen Schaden unter den Eingewohnten anrichten, wollten nicht abheben, so daß man auf den Gedanken kam, den Uebel durch eine Kapitalsteuer entgegenzutreten. In einer Sitzung der Ratsherren wurde dieser Gedanke besprochen: Aber bei den schon früher gegen eine Kapitalsteuer vorgebrachten Argumenten — schwierige Erhebung und geringer Ertrag — ist ein Entschluß nicht gefaßt worden. Vielleicht hat der Gedanke mitgewirkt, daß „auch eine versteuerte Kasse das Maul nicht lassen wird“, also der mit der Steuer beabsichtigte Zweck kaum erreicht werden würde. Außerdem ist auch die alte Streitfrage noch nicht reiflos geklärt, ob bei einer Verminderung der Klagen nicht eine Zunahme der Mäuleplage das schlimmere Uebel darstellt.

Wie Hunger und Durst entstehen.

Mensch und Tier werden durch das Verdauungssystem daran erinnert, wenn sie Hunger und Durst verspüren und Speise und Getränke zu sich nehmen müssen. Ist nämlich der Magen leer, so sammelt sich der Mageninhalt an, und da keine Speisen vorhanden sind, durch die er eingelagert wird, so wirkt er mit seiner ganzen Kraft auf die Wände des Magens. Dieses erste Gefühl nennt man Appetit. Nach und nach wird aber die Einwirkung immer heftiger; es entsteht das Gefühl des Hungers, d. h. das Bestreben, den Mageninhalt fortzuschaffen. Durch diesen Reiz entstehen Zusammenziehungen des Magens, wodurch bei einem schwachen Reiz, d. h. reizbaren Nervenenden, ein lautes Aufstöhnen erfolgt, so daß der Mageninhalt entfernt wird und wieder für einige Zeit Ruhe eintritt. Kommt noch immer keine Speise, so entsteht der sogenannte Heißhunger, wobei man selbst beobachtet haben will, daß der Mageninhalt, der sonst nichts Lebendiges anzugetrieben imstande ist, Löcher in den Magen getroffen hat. Der entgegengesetzte Zustand heißt Durst. Bekommt nämlich der Magen immerfort Speise oder wird er überladen, so reizt der Mageninhalt nicht mehr zur Auflösung hin. Die Speisen reizen daher die Magenwände zu Absonderungen. Dadurch strömt mehr Blut herein, die Wärme wird vermehrt neben der Trockenheit und heiße steigen bis zum Schlund und zur Zunge hinauf. Dieses Gefühl heißt Durst. Es kann übrigens auch entstehen durch zu starke Ausdünstung, wodurch die Absonderung des Magens verhindert wird. Wird nun kein Wasser in den Magen gegossen und teils die Wärme abgemildert, teils die Trockenheit des Magens behoben, teils dem Blute Flüssigkeit zugeführt, wodurch er wieder mehr Mageninhalt fördern kann, dann entstehen im Magen Entzündungen, mitunter viel heftigerer Schmerz als bei Hunger, der überhaupt mehr eine Erschlaffung des Magens als eine Uebertreibung desselben ist. Zuletzt geht der Magen in Brand über, worauf der Tod folgt, wenn er nicht schon früher durch die Verminderung der Flüssigkeit im ganzen Blutkreislauf eingetreten ist.

Die neuen deutschen Zollbeamten. Ein interessantes amerikanisches Urteil über das neue Deutschland wird aus Boston in USA gemeldet. Die Bostoner Zeitung „Evening Transcript“ hebt in einem Bericht über eine Deutschlandreise ganz besonders die Liebenswürdigkeit der deutschen Zollbeamten hervor. Sie schreibt: „Deutschland ist ein Land, in dem man sich als Fremder willkommen fühlen kann, wie nur möglich zu gestalten. Willkommen in Deutschland! So lautet der offizielle Gruß, mit dem ausländische Besucher an der deutschen Grenze empfangen werden. Die Gepäckabfertigung und die Begleitbegleitung über das einzufliegende Geld erfolgen rasch und für den Reisenden so wenig umständlich wie möglich. Ueberhaupt hatten wir, so schreibt der Bericht, den Eindruck, daß die deutschen Beamten zu uns viel netter waren als die irgend eines anderen europäischen Landes, das wir besuchten. Netter übrigens auch als in früheren Jahren.“

Amt Pledern-Werth.

Wasserbau.

Bei der am 28. 8. in Pledern und am 4. 9. in Henden stattgefundenen Wasserbau sind auch die neuen Gräben und Wegegräben mit einbezogen.

Goltwick

Bekandene Meisterprüfung.

Der Maler- und Anstreicher Wilhelm U. Land bestand vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Münster seine Meisterprüfung mit gutem Erfolg. Dem jungen Meister auch unsern Glückwunsch.

Rhede

Glimpflich verlaufener Motorradunfall.

Einem SS-Mann aus Rhede der mit seinem Motorrad am Sonntagmittag die Höhe Straße befahren wollte, wurde der Vorderräder. Der Fahrer kam dadurch in Schieflage und verlor die Gewalt über die Maschine. Er stürzte mit dem Motorrad; erlitt aber zum Glück keine Verletzungen.

Bauer und Wild.

Geld- oder Reihuh.

Es lebt ausschließlich von Insekten und Unkrautfrüchten und verschmäht sogar den Weizen. Es bringt nur Nutzen für die Landwirtschaft und man muß es als eine große Torheit bezeichnen, wenn der Bauer mit Gras, Ginstern und Dornen bewachsene Abhänge, Böschungen und Weiraine auskudt und abbrennt, weil er dadurch dem Reihuh und vielen nützlichen Singvögeln die Nistgelegenheiten zerstört und damit seinen besten Helfern und Freunden den Stuhl vor die Tür setzt. Bei der modernen intensiven Bodenkultur ist es erst recht notwendig, für das Fortkommen nützlicher Tierarten zu sorgen, ihnen ihre Brutstätten wie schützende Dornbüsche und dergleichen zu belassen und vor allem etwa bei der Arbeit gefundene Nester von Fasan oder Reihuh sorgfältig zu schonen.

Eine ebenfalls äußerst nützliche Wildart ist die

Wildente.

Ein Hauptbestandteil ihrer Nahrung besteht in Kleintieren, die sie im Schlamm der Gewässer findet. Vor allem frisst sie dort die kleine Zwergschlammkrebse (Limnaea minuta) in großen Mengen. Diese Zwergschlammkrebse ist der Zwischenwirt des Leberegel, d. h. die Larve dieses Schädlings findet ihr Fortkommen nur in dieser kleinen Schnecke, entwickelt in dieser drei Generationen und gelangt schließlich auf eine Pflanze, wo sie in verkappter Form von den Menschen, Kindern, Feln und Schweinen beim Weiden aufgenommen werden und die gefährliche Leberegelkrankheit hervorrufen. Wird aber die Zwergschlammkrebse von den Wildenten vernichtet, so ist die Gefahr dieser bössartigen Krankheit beseitigt. Der Bauer hat also das größte Interesse daran, daß genügend Wildenten vorhanden sind und er wird seinen Viehbestand einer Gefahr aussetzen, wenn er die Nester des Wasserwildes ausplündert.

Nicht viel zu sagen ist über den

Fasan.

Schaden und Nutzen sind bei ihm gering und er stört den Bauer wenig. Die paar Klebschätter, die er nimmt, die einzelnen Rüben, die er anagt, fallen nicht ins Gewicht und selbst das Schalen der jungen Obstbäume im Winter ist nicht sehr schädlich, weil es sich leicht durch Drahtmanischetten oder Beldreihen mit entäuertem Teer verhindern läßt. Im allgemeinen nährt sich der Fasan von allerlei Gräsern, die er in Feld und Wald genügend findet.

Wiel unangenehmer, ja sogar sehr schädlich kann sein kleiner Vetter, das

Raninchen.

werden, wenn es in Massen auftritt. Es nimmt deshalb auch im Gele eine Sonderstellung ein, indem es keine Schonzeit genießt. Wo es in Massen auftritt und Schaden anrichtet, wäre daher der Jagdpächter einkindlichst aufzufordern, für vermehrte Abjagd zu sorgen. Seber vernünftige Jagdpächter hat wohl das größte Interesse daran, mit der Bevölkerung auf gutem Fuße zu bleiben und wird sich diesem Ersuchen auch nicht widersetzen.

Von größerem Wild ist zunächst das

Reh.

besprochen. Wenn man von den erhöhten Jagdpreisen, die eine gute Reihagd zu bringen pflegt, abliest, so kann kein Reihwild wohl kaum von einem direkten Nutzen, den es der Landwirtschaft bringt, gesprochen werden. Andererseits ist aber auch sein Schaden ein geringer. Das Reh ist ein nasshaftes Tier, der Feindschmecker unter den Wildarten. Es weidet nicht wie sonstige Wildgauer wahllos vor sich alles ab, vielmehr zupft es hier ein Blattchen, dort eine Blume ab und beschränkt sich dabei durchaus nicht auf die Früchte des Feldes, vielmehr nimmt es lieber noch Blüten von Weiden und Blätter und Triebe von Holzarten. Sünge Weizenarten verschmäht das Reh vollkommen, während es wohl auf die Roggenwinterarten, besonders im frühen

Frühjahre geht. Es nimmt dabei aber niemals das sogenannte Herz der Roggenpflanze, aus dem der ährentragende Halm herauswächst, sondern nur die Spitze der kernförmig nach den Seiten wachsenden unteren Blattchen. Diese Blattchen sterben ohnehin später ab, sobald deren Abheben besonders bei zu mächtig stehendem Roggen keinerlei Schaden, eher noch einen Nutzen bedeutet. Ein im Rheinland sehr bekannter Landwirt machte den interessanten Versuch, einige vom Reihwild vollständig verblissene Roggenpflanzen neben solche, die keinerlei Beschädigung zeigten, auf gleichem Boden und bei leichter Düngung an geschützter Stelle aufzulegen. Die genaue Nachzählung der Körner nach der Reife ergab das gleiche Resultat. Bei den verblissenen sowohl wie bei den unberissenen Pflanzen. Hier und da zupft das Reh auch mal am reisenden Getreide diese oder jene Ähre ab, aber man kann dieselben zählen, sie fallen in keiner Weise ins Gewicht. Der Schaden, den Reihwild an den Rübenarten oder an Kartoffellaub durch Abheben der Blattspitzen anrichtet, ist ebenfalls gering und kann nur dort ernstlich in Frage kommen, wo sehr große Mengen von Reihwild auftreten. In Gegenden, wo das Reihwild seit altersher heimisch ist, hat der Landwirt meistens nichts gegen dieses schöne tierische Tier einzumenden, vorausgesetzt, daß es nicht überhand nimmt. In Gegenden, wo sich ein neuer Reihstand angesiedelt hat, begegnet ihm der Bauer aber meist mit Mischtrauen. Ganz zu Unrecht. Das Reh kann in seiner Nahrungswiese weder mit einem Schaf noch mit einer Ziege verglichen werden, es ist viel zu wählerisch, um an einer bestimmten Stelle größeren Schaden anzurichten. Die Grundbesitzer einer verpachteten Gemeinde sollten daher infolge der dann besser besagten Jagdpächten einem angemessenen Reihstand in ihrer Gemarkung nichts in den Weg legen.

Im Vorstehenden wurde versucht, alles für und wider des Wildes in seiner Beziehung zur Landwirtschaft, sachlich gegeneinander abzuwägen mit dem Ergebnis, daß nur einige Wildarten als direkt schädlich zu betrachten sind, vielmehr sind einige Arten für den Bauern ausgesprochen nützlich, auch wenn dieser Nutzen dem oberflächlichen Naturbeobachter oft entgeht. Die Geheimnisse der Schöpfung sind ungründlich und es steht fest, daß die Natur stets mit irgend einer großen Plage straft, wenn der Mensch klüger sein will als sein Schöpfer, wenn er durch Ausrottung irgendeiner Tierart das Gleichgewicht im feinen Räderwerk der Natur zu stören versucht. Ueber die volkswirtschaftlichen Werte der Jagd werden folgende Zahlen dem Bauern Aufklärung geben: Wert der jährlichen Jagdbeute etwas über 28 Millionen, Jagdpachteinnahmen 8 Millionen, Steuer und Abgaben 12 Millionen, Pelze und Felle 6 Millionen, Jagdgebühren usw. etwa 5 Millionen, Jagdindustrie und Jagdindustrie etwa 76 Millionen jährlich! Das Wirtschaftssubjekt der Jagd bezieht sich auf 2 bis 2 1/2 Milliarden! Grundfalsch wäre es, diese Zahlen zu übersehen oder die auf die Industrie bezüglichen zu mißachten. Heute hängt die gesamte Wirtschaft so sehr ineinander, daß der Niedergang eines Berufsstandes auch das Elend des anderen zur Folge hat und umgekehrt. Aus allen diesen Gründen sollte der Bauer in seinem eigenen Interesse dem Wilde und der Jagdwirtschaft Wohlwollen entgegenbringen und keinesfalls sich auf gewisse veraltete Vorurteile festsetzen, die sich nicht mehr rechtfertigen lassen.

Vor allem aber ist uns Deutschen die Liebe zu unserem Vaterlande und zu seiner Natur tief eingewurzelt. Sorgen wir dafür, daß nicht aus Unverständnis die immer artenärmer werdende Tierwelt noch mehr verödet. Freude und Zufriedenheit kommt nicht allein von klingender Mäule. Das Glück, das keiner uns nehmen kann, wurzelt für Landmann und Städter in der unaussprechlichen deutschen Liebe zur Natur, die wir mit ihrem tausendfältigen Leben schützen und erhalten wollen.

Nochmals:

Denkt an den Anbau von Raps u. Rübsen

Der Raps beansprucht einen Boden in aller Kraft, d. h. die notwendigen Nährstoffe sollen in ausreichender Form in genügender Menge vorhanden sein, so daß der Raps aus dem vollen schöpfen kann. Augen- und Wir stehen vor dem Notwendigsten, bei der Durchführung des Programms der Reichsregierung zur Beschaffung von Fett und Ölweizen dafür zu sorgen, daß auch genügend pflanzliche Öle erzeugt werden. Durch die Ausdehnung des Anbaues von Raps und Rübsen haben wir Gelegenheit, daran mitzuwirken. Deshalb ist es unsere Pflicht, jeder zu seinem Teil dafür zu sorgen, daß in jedem Betriebe Weizenfeldern schon jetzt für die Ernte 1935 in dem kommenden Monat, wo der Boden es nur immer gestattet, ein der Wirtschaft entsprechende Stück mit Raps oder Rübsen bestellt wird. Der Raps ist von großer Bedeutung für unsere Fettversorgung. Er bringt Erträge von 6-14 Zentner je Morgen Oelfamen, der ungefähr 38-45 v. H. fettes Öl enthält. Man kann vielleicht sagen, daß durch die hohen Fettgehalte seines Samens ein Morgen Raps soviel Fett erzeugt, wie sonst 4 Morgen Weizen, wenn man deren Ertrag durch den Schmelzenertrag zu Fett umwandelt. Mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Wichtigkeit ist von der Regierung ein Mindestpreis für die Ernten 1933 und 1934 festgelegt worden, der RM. 30 je Doppelzentner Raps und Rübsen beträgt.

Die Bodenanprüche des Rapses sind nicht so hoch wie man oft annimmt. Gewiß winteret er auf Moorböden leicht aus, oder leidet auf zu leichtem Sandboden möglicherweise unter Trockenheit. Aber alle besseren, mittleren und schwereren Böden, wenn sie nicht flauende Klöße zeigen, kommen für den Rapsanbau in Frage. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß man nun auf jedem Mittelsboden Raps bauen könnte. Es sind noch eine Reihe weiterer Voraussetzungen zu erfüllen. Der Boden muß durchaus untraufel sein und muß sich in guter Kultur befinden.

Deshalb wird in allen Gebieten, wo sich der Rapsbau noch am längsten erhalten hat, der Raps als die Frucht angesehen, die in reine Raps gestellt wird. Raps ist die Pflanze, welche den Arbeitsaufwand und den Ertragsausfall der Brache am ehesten lohnt. Ich will damit nicht sagen, daß ich dazu rate, jetzt Brache einzuführen, nur um Raps anzubauen. Man kann aber an diesen alten Brauch am besten sehen, welche sorgfältige Bodenvorbereitung und welche günstige Bodenkultur der Raps verlangt.

Welche Wege gibt es jetzt für uns, diese Voraussetzungen zu erreichen?

Wir stellen den Raps nach solchen Früchten, die am zeitigsten des Feld räumen und uns so die Möglichkeit geben, noch die Zeit für die Vorbereitung des Aders zu gewinnen! Hier kommen in Frage: Alle Stiefmutterpflanzen, die Ausgang Mai oder Juni gemäht werden. Ferner einjähriger Klee, der vielfach unge-

brochen wird. Vor allem sind Frühkartoffeln und Wintergerste zu nennen. Weniger wichtig ist, wie wir sehen, die Vorfrucht selbst, als vielmehr die Zeit der Ernte. Namentlich in diesem Jahr hat man auch nach frühzeitig geerntetem Roggen vielfach noch die Möglichkeit, dem Raps das passende Saatbett zu beschaffen.

Die Bodenbearbeitung muß ausreichend tief sein. Natürlich nicht so tief, daß etwa roher Boden nach oben gebracht wird. Die Behandlung des Aders muß dahin gehen, daß ein möglichst gares Saatbett geschaffen wird und dazu gehört nicht nur die Bearbeitung, sondern auch Zeit. Deshalb die eben ausgesprochene Forderung, daß die Frist für die Vorbereitung des Bodens ausgedehnt genug ist. Der Ader muß noch genügend mürbe gemacht werden und sich setzen können. Wie man dieses Ziel im einzelnen erreicht, wird sich nach den verschiedenen örtlichen Verhältnissen richten müssen. Wir haben die einzelnen Arbeitsvorgänge einzuleiten, die auch sonst bei brachmähiger Bearbeitung durchgeführt werden. Eine solche Bearbeitung ist zu vermeiden. Ist der Bodenschluß nicht herzustellen oder der Ader nicht gar genug, so muß die Rapsanfaat noch verschoben werden. merkt ist auch auf den Kalkzustand zu achten. Wenn es auch am besten ist, daß die erforderliche Bodenreaktion oder Bodenbestimmung, daß die Kalkung schon zu einer der Vorfrüchte vorgenommen wurde, so daß die erforderliche Bodenreaktion oder Bodenbestimmung vorhanden ist, so ist doch empfehlenswert, sich durch eine einfache Kalkunterjagung davon zu überzeugen, ob der Kalkbedarf gedeckt ist. Sonst ist auf alle Fälle noch zu kalten. 10 Zentner Branntkalk je 1/2 Hektar. Natürlich je zeitig, daß der Kalk noch miteingearbeitet werden kann.

Nach etwas über die Stallmischerzorgung. Hat man zur Vorfrucht reichlich und gut Stallmist gegeben, so daß jetzt der Raps als erste Nachfrucht die Nachwirkung ausnutzen kann, so ist das das beste Verhältnis zwischen Raps und Stallmist. Reicht aber diese Stallmiserzorgung, so muß man Stallmist nehmen und zwar 150 Zentner pro Morgen. Das die Zerlegungsbildung aber sehr knapp ist, kommt nur kurzer, gutverrotteter Mist in Frage.

Die Menge der insgesamt verfügbaren Nährstoffe darf nicht klein sein, da der Raps sehr viel beansprucht. Wir raten deshalb unbedingt, die Bodenvorräte noch durch Handelsdünger zu ergänzen Selbstverständlich wird sich die Höhe der Gaben nach den Besonderheiten des Aders richten müssen. Als Anhaltspunkt werden vielleicht je Morgen empfohlen:

1 Zentner 40% Kalk
0,5-1,0 Zentner Superphosphat
1,5-2,5 Ztr. schwefelhaltiges Ammoniak bzw. Kalkammon.
Kalk und Phosphorbedürfnisse sind selbstverständlich je zeitig genug vor der Saat miteinzuarbeiten. Ueber die Bedarfsmenge des Stickstoffs gehen die Ansichten

auseinander. Einmal wird empfohlen, den ganzen Stickstoff im Herbst zu geben und nur nach später Saat 1/4 der Garbe auf das Frühjahr zu verlegen. Andererseits wird geraten: 1/4 im Herbst, den Rest im Frühjahr zu geben. Oder auf dem Mittelwege wäre dann die eine Hälfte im Herbst und der Rest im Frühjahr zu verabfolgen. Sicher ist, daß man im Herbst nicht zu stark reiben darf, da sich sonst der Raps zu übergewidelt und zum Ausfallen neigt.

Die Zeit der Aussaat richtet sich nach dem Klima. Im Norden und Nordosten muß die Saat bis Mitte August beendet sein. Im wiederholte aber nochmals, daß geraume Zeit vorher der Ader fertig sein muß. Bei uns kann man ja nach Höhenlage vielleicht noch einige Tage später rechnen. Aber im großen und ganzen sollen wir an diesen Zeitpunkt festhalten. Auf sehr nährstoffreichem treibenden Böden wird auch zweckmäßig nicht zu früh gesät.

Die Saatmenge liegt bei 3-4-6 Pfund je 1/4 Hektar bei Drillsaat und 6-8 bei Breitsaat. Je garter und besser der Boden ist, um so kleiner kann man die Saatmenge wählen. Die Drillbreite soll auch bei ungünstigen Verhältnissen mindestens 30 cm betragen, sie ist womöglich bis 40 cm und noch mehr zu steigern. Nach dem Drillen auf 1,5 cm Tiefe, bei fehlender Feuchtigkeit auf 3-4 cm, wird leicht gegügt, dann gewalzt und schließlich gründlich gegügt.

Die Pflegearbeiten beschränken sich im übrigen auf eine Hacke im Herbst, wenn der Raps etwa handhoch ist. Eine Beschaffung des Rapses kurz vor aufhören des Wachstums wird empfohlen. Im Frühjahr wird das Hacken oder Häufeln gegebenenfalls wiederholt, um den Boden wieder zu öffnen und zu lockern. Im Winter ist, wenn der Raps vielleicht reichlich hoch geworden ist, dafür zu sorgen, daß die Schneedecke auf alle Fälle offengehalten wird. Eine Eisfahne, welche die Umarmung der Pflanzen unterbindet, muß alsbald gestört werden.

Zum Schluß noch ein sehr wichtiger Hinweis. Neben dem Raps ist der Rübsen für den Raps sehr zu beachten. Er ist in vielem dem Raps sehr ähnlich, nur nicht ganz so anspruchsvoll wie der Raps selbst. Er braucht noch soviel Dünger und gedeiht auch dann noch gut, wenn der Boden leichter ist. Wesentlich ist aber, daß die Aussaatzeit beim Rübsen später sein darf als beim Raps, so daß in allen Fällen, wo die Vorbereitungszeit für Raps nicht ausreicht, dann auf Rübsen zurückgegriffen werden kann. Die Aussaatmenge beträgt bei Rübsen 3-6 Pfund je 1/4 Hektar. Die Reifeentfernung wähle man auf 30-40 cm. An Erträgen hat man bei Rübsen auf 10 Zentner je Morgen erreicht. Der Fettgehalt ist 37-45 v. H. Wir sehen also, daß wir im Rübsen eine Kulturpflanze vor uns haben, die wir dem Raps voll an die Seite stellen können und die uns in vielen Fällen, wo wir wegen des Rapses hinsichtlich des Bodens Bedenken haben, hilft, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Glück nur leichtere Verletzungen. Auch der Materialschaden war unbedeutend.

Jfelburn

1. Jfelburger Schützenverein. Vom schönsten Wetter begünstigt feierte der Jfelburger Schützenverein sein 77. Stiftungsfest. Den Königsschuh tat nach hartem Kampfe Schützenbruder Gulan Arken, der sich Krallen Loe Otto zur Krönung erloht. Einen Bericht über den Verlauf des Festes werden wir noch folgen lassen.

2. Jfelburger Kriegerverein. Der Kreisführer 74, SA. Rel. 2 Unterverband Jfel im Ruffhauerbund, Hauptmann Weirauch, hat beschlossen, daß der Kriegerverein Jfelburg am Donnerstag, dem 23. August, im Lokale Jfelboom in Empel, zu einem Vortrag mit Aufführung über den Aufbau der SA. Rel. 2 und aller damit zusammenhängenden Fragen antritt. Zu diesem Vortrag findet eine Saalkontrolle statt. Jedes Mitglied der SA. Rel. 2 bzw. des Kriegervereins erhält durch den diensttuenden Vorort der Jfelburger Kette eine Eintrittskarte für die Saalkontrolle ausgehändigt, wenn er sich in die dort aufgeführte Liste einträgt. Die Ausbändigung der Eintrittskarten findet mit Aushang der Bekanntmachung statt. Es können auch Personen, die für den Anstich an die SA. Rel. 2 Interesse haben, eine Eintrittskarte vom Vorort ausgehändigt erhalten. Diese brauchen nicht unbedingt gebente Personen zu sein, es können auch unbediente bei der SA. Rel. 2 eintreten. Für die Mitglieder der SA. Rel. 2 bzw. die Mitglieder des Kriegervereins wird befohlen, am Donnerstagabend, dinstlich 7.30 Uhr, auf dem Jfelhof-Straße Jfelburg gelassen anzureiten. Von hier aus findet die Fahrt per Lastauto nach Empel statt. Zu diesem Vortrag wird nicht nur Jfelburg sondern auch Rees, Millingen und andere in der Nachbarschaft liegende Ortsvereine erscheinen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß nur solche Kameraden Zutritt zum Saale haben, die sich im Besitze der Eintrittskarte befinden.

Rees

Das Reeser Tageblatt schreibt:

Aus „Rache“ das Schaufenster eingeworfen.

In der Nacht zum Montag wurde das Schaufenster der Geschäftsstelle des Reeser Tageblatts eingeworfen. Kurz nach 2 Uhr sausten vier Steine gleichzeitig wie auf Kommando durch die Scheibe. Durch das Getöse erwacht, alarmierten die Bewohner sofort die Polizei. Glücklicherweise gab es gleich einen Zeugen, der wichtige Angaben machen konnte. So gelang es, schon nach kurzer Zeit die Täter zu ermitteln. Es wurden vier Personen zwecks Vernehmung verhaftet. Einer davon leute ein Geständnis ab, die anderen drei leugneten hartnäckig, aber ihre Komplize wird schon wissen, wer bei ihm war. Dieser sagte nun aus, sie hätten die Tat aus Rache begangen wegen der in Rees abgegebenen Reklamationen. Unsere Leser werden ebenfalls wir darüber erstaunt sein, weshalb denn nun unsere Schaufensterscheibe zum Objekt der Rache gemacht wurde. Sie alle wissen, in welcher wirkungsvoller Weise unter Blatt die Wahl des Führers propagiert hat. Nebenbei hing im Schaufenster noch ein großes Werbeplakat mit dem Bilde des Führers. Leider haben nun diese Leute durch ihre „Heldentat“ auch das Ansehen ihrer Organisation geschädigt, da sie alle der SS angehören. Nach den Reklamationen des Führers haben sie eine strenge Strafe zu erwarten, und wir zweifeln nicht daran, daß hier mit aller Schärfe, so wie der Führer es will, durchgegriffen wird. Anerkennung sei aber auch vermerkt, daß sich die diensttuenden SS-Kameraden tatkräftig an der Aufklärung beteiligten. Näheres wird die gerichtliche Untersuchung des Falles ergeben.

Kerbelner

6 Radfahrer tödlich verunglückt. In der Nähe der früheren kleinen Bahntrierung an der Gelbener Straße wurde ein Radfahrer aus Strahlen vom Koiflügel eines aus Richtung Gelbener kommenden Autos eines Gemüßhändlers aus Calttro-Kauzel erlegt und auf der Stelle getötet. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.



Gen Anholt

Nummer 2

Bu

Die Bes

Wa

Der Österreichische

ist am Mittwoch Genua eingetroffen wurde. Dr. Sch

lienschen Dampf Kizza, wo er i

Anglais abgestiegen In politischen

nommen, daß der den eine poli

Beutung in der L mit, daß Schulst

Domergue hat, oder auf der mit Außenministe

der als Ferienkap Dagegen hat

wird, dem Direkt schaft erlöst, daß zur Erhöhung

Schulsniga hat er sei nach Kizza

nur zwei Tag stigen französisch

Schulsniga sei

Bundeskanzler treter der Agentu

u. a. ausführte: Posten des Bundes

ische Pflicht empfi

Stalien zu begu

Mussolini herbeizug